Hermann Horstkotte

Die Strafrechtspflege in den Provinzen der römischen Kaiserzeit zwischen hegemonialer Ordnungsmacht und lokaler Autonomie

Fragestellung

Das Strafrecht bringt die Werteordnung einer Gesellschaft postulatorisch zum Ausdruck, indem es sie mit Sanktionen bewehrt¹. Was die Drohungen mit Vergeltungs- oder Besserungsmaßnahmen in Wirklichkeit bedeuten, stellt sich erst im Strafverfahren heraus, einer Veranstaltung nach eigenen Kriterien und Regeln². Viel kann davon abhängen, ob lebenserfahrene Laien oder fachkundige Berufsrichter das Urteil sprechen, ob die Richter den Verlauf der Verhandlung bestimmen oder die Prozeßparteien. Und nicht zuletzt ist die Rechtsfindung davon abhängig, wer die Richter einsetzt und womöglich beaufsichtigt. Wer für die Strafrechtspflege zuständig ist, ist stets auch eine praktische Frage, die aber zugleich den Kern der öffentlichen Ordnung berührt: Wer kann anerkanntermaßen feststellen und ahnden, daß jemand eine für alle gültige Ordnung gebrochen hat? Wer kann sich mithin zum Hüter der Ordnung aufspielen?

Diese Fragen drehen sich um die Herrschaft über Land und Leute, moderner gesprochen: um den Aufbau von Staatlichkeit. Erhellend erscheint dabei in der europäischen Geschichte immer wieder das Verhältnis zwischen kommunalen Verbänden bzw. Behörden und übergeordneten, zentralen Instanzen³. An dieser Stelle soll das Zusammenspiel zwischen der römischen Provinzialverwaltung und den Gemeinden in der Prinzipatszeit näher beleuchtet werden. In dem Zusammenhang gab Fronto speziell für die Rechtspflege dem Marcus Caesar einen guten Rat: Was auf niederer Ebene entschieden werden kann, gilt nur für den Einzelfall und zieht deshalb nicht viel mehr nach sich; wenn aber der Kaiser sich beispielsweise die Regelung eines Statthalters per Dekret zu eigen macht, entsteht eine uni-

¹ Vgl. allg. *Emile Durkheim*, *De la division de travail social* (Paris 1893); dazu *Raimond Aron*, *Hauptströmungen des soziologischen Denkens* 2 (Köln 1971) 19 ff.

² Den Weg, das Recht über die Rechtsanwendung zu bestimmen, hat in jüngerer Zeit besonders Hermann Kantorowicz (1877–1940) vorgeschlagen; vgl. *Ulrich Schrömbges*, *Die soziologische Rechtskonzeption von H. K.* (Diss. Bonn 1984).

³ Vgl. *Max Weber*, *Wirtschaft und Gesellschaft* (Tübingen 51972) 727 ff.

verselle Bindungswirkung mit unabsehbaren Folgen, wozu man es deshalb am besten erst gar nicht kommen läßt⁴. Gerade auf dem Felde des Strafrechts geht es aber, wie sich weiterhin zeigen wird, nicht einfach um die möglichst unspektakuläre Heilung von Rechtsbrüchen, sondern allemal auch darum, wer die gute Ordnung erkennbar verkörpert und gegen Verletzungen und Störer durchsetzt.

Unterschiedliche Verfahrenswege

Für uns ist heute das Strafrecht eine klar abgegrenzte Materie und im wesentlichen etwa im deutschen ‚Strafgesetzbuch‘ und der ‚Strafprozeßordnung‘ kodifiziert⁵. Die Unterscheidung zwischen einem öffentlichen Strafverfolgungsanspruch, den der ‚Staatsanwalt‘ wahrnimmt, und der Entschädigung für eine ‚unerlaubte Handlung‘, die das Opfer selber zivilrechtlich einklagen muß, schwimmt allenfalls beim Kaufhausdiebstahl, der je nachdem mit der Rückerstattung nebst einer ominösen ‚Bearbeitungsgebühr‘ statt einer polizeilichen Anzeige aus der Welt geschafft werden kann. In römischer Zeit war das wesentlich anders. In der Republik entwickelte sich zwar eine Strafrechtspflege in einem öffentlich-rechtlichen Gerichtsverfahren (*iudicium publicum*), etwa bei Amtsvergehen, Giftmord oder zum Beispiel Testamentsfälschung⁶, in anderen Fällen wie bei einfachem Diebstahl war jedoch keine öffentliche Strafverfolgung vorgesehen, vielmehr blieb der Betroffene auf den Weg des Privatstrafrechts angewiesen, das ihm als Zuschlag zum Schadenersatz ein Bußgeld, sozusagen als ‚Schmerzensgeld‘, garantierte⁷. Ferner konnten Gemeindebeamte oder der Provinzstatthalter einen Übeltäter in minder schwerem Fall etwa durch eine ‚Prügelstrafe‘ ohne besonderes Gerichtsverfahren unters Recht beugen; die Bezeichnung *coercitio* für solche Besserungsmaßnahmen knüpft an antiken Wortgebrauch an, ist aber nichtsdestoweniger ein fragwürdiger Modernismus⁸. Im übrigen hatte der *pater familias* eine weitgehende Strafgewalt gegenüber den Mitgliedern seiner häuslichen Gemeinschaft. Sie

⁴ *Fronto*, ad Marcum Caes. I 6.2–4.

⁵ Neue, bislang verstreut geregelte Straftatbestände darin aufzunehmen, ist eine regelmäßige Forderung der Fachliteratur. S. etwa *Manfred Möhrenschrager*, Computerstraftaten und ihre Bekämpfung, in: Zeitschrift f. Wirtschaft, Steuer, Strafrecht 9 (1991) 328.

⁶ Grundlegend *Wolfgang Kunkel*, Untersuchungen zur Entwicklung des römischen Kriminalverfahrens in vorsullanischer Zeit (München 1962) im folgenden zitiert: *Kunkel*, Untersuchungen. *Ders.*, quaestio, in: RE 24 (1963) 720 ff. (724 f. zum Ausdruck *iudicium publicum*); im folgenden zitiert: *Kunkel*, quaestio. Zur jüngeren Diskussion: *Wilfried Nippel*, Aufruhr und ‚Polizei‘ in der römischen Republik (Stuttgart 1988) bes. 36 ff.; im folgenden zitiert: *Nippel*, Aufruhr.

⁷ Vgl. dazu etwa *Exempla iuris Romani*. Römische Rechtstexte, hrsg. v. *Manfred Fuhrmann*, *Detlef Liebs* (München 1988) 104 ff.

⁸ S. etwa Dig. 50.16.131.1, wo Ulpian von der gesamten Strafrechtspflege als *omnium delictorum coercitio* spricht. Zur wissenschaftlichen Auseinandersetzung vgl. neuerdings *Nippel*, Aufruhr 12 ff.; *Wolfgang Kunkel*, in: *ders.*, *Roland Wittmann*, Die Magistratur (Handbuch der Altertumswissenschaften 10.3.2.2, München 1995) 174–176.

konnte auch das Tötungsrecht gegenüber dem außenstehenden Liebhaber der Tochter oder eigenen Ehefrau einschließen⁹.

Die überkommenen Rechtswege verloren in der Kaiserzeit zugunsten des Herrschers und seines Dienstpersonals zunehmend an Bedeutung¹⁰. Der Kaiser saß auch selber zu Gericht¹¹ und war allemal letzte Appellationsinstanz¹². Mitunter setzte sich der eine oder andere, zum Beispiel Caracalla, nach Gutdünken über vorgesehene Instanzenwege hinweg¹³. Nachdem ein Sklave auf Anstiften seiner Hausherrn einen Bürger von Knidos, der sich als Ruhestörer aufführte, (fahrlässig) getötet hatte, flohen die Familienoberhäupter nach Rom zu Augustus, um der lokalen Gerichtsbarkeit zu entgehen; die Gemeinde verlangte vergeblich die Auslieferung, Augustus beauftragte vielmehr den Statthalter der Provinz Asia mit einer Untersuchung und sprach die Schutzsuchenden frei¹⁴. Neue Ämter wie der *praefectus annonae* und die kaiserlichen Finanzprokuratoren in den Provinzen erhielten schon im ersten Jahrhundert eigene Gerichtsbarkeit¹⁵. Die hausväterliche Gewalt (*patria potestas*) büßte auch im Strafrecht zugunsten amtlichen Einschreitens ein. Der Jurist Ulpian hielt unter Kaiser Caracalla fest, daß der Vater seinen

⁹ S. jüngst etwa *Olivia F. Robinson*, *The Criminal Law of Ancient Rome* (Baltimore 1995) 60 f. (der Titel ist wörtlich zu nehmen, unter Ausschluß von Italien und den Provinzen [IX]); *Jens-Uwe Krause*, *Gefängnisse im römischen Reich* (Stuttgart 1996) 46 ff.; im folgenden zitiert: *Krause*, *Gefängnisse*. Vgl. auch *Andreas Wacke*, *Elterliche Gewalt im Wandel der Jahrtausende*, in: *Studien zur antiken Sozialgeschichte*, hrsg. v. *Werner Eck* u. a. (Köln, Wien 1980) 417 ff.

¹⁰ Allg. *Kunkel*, quaestio 769 ff.

¹¹ S. neuerdings *Joseph Georg Wolf*, *Claudius Iudex*, in: *Die Regierungszeit des Kaisers Claudius* (41–54 n. Chr.), hrsg. v. *Volker Michael Strocka* (Mainz 1994) 145 ff.; im folgenden zitiert: *Wolf*, *Claudius*. *Michael Peachin*, *Iudex vice Caesaris* (Stuttgart 1996) 4 ff.; im folgenden zitiert: *Peachin*, *Iudex*.

¹² P. Oxy. 3106, Dig. 49.1.25 (*Paul.*) = *James Henry Oliver*, *Greek constitutions* (Philadelphia 1989) Nr. 276 B mit App. 12; im folgenden zitiert: *Oliver*, *constitutions*. *Fergus Millar*, *The Emperor in the Roman World* (London 1977) 507 ff.; im folgenden zitiert: *Millar*, *Emperor*. S. auch AE 1957, 161 (231/3), Ephesus: (*electo a domino n invicto imp ... (ad appellatio)nes Caesarianas vice (sacra iudica)ndas*; vgl. *Peachin*, *Iudex* 108 ff.. Zur *supplicatio* letztlich an den Kaiser bei Blockierung des Appellationsweges s. Dig. 49.5.5.1 (*Ulp.*). Hadrian erklärte eine Appellation vom Senat an den Kaiser für unzulässig (Dig. 49.2.1.2, *Ulp.*).

¹³ AE 1947, 182 (Goharia); vgl. Domitian *ad Falernos* (FIRA I² Nr. 75 Z.4–5); *Plin.*, ep. 6.31.4.

¹⁴ IK 41 Nr. 34 (6. v. Chr.) = *Werner Eck*, *Johannes Heinrichs*, *Skaven und Freigelassene in der Gesellschaft der römischen Kaiserzeit* (Darmstadt 1993) Nr. 220; vgl. *Millar*, *Emperor* 443; *Wilfried Nippel*, *Public Order in Ancient Rome* (Cambridge 1995) 105 Anm. 32.

¹⁵ *Wolf*, *Claudius* 149 f. und dazu *Werner Eck* ebda. 156 f. S. ferner AE 1964, 223 u. 1980, 215 den *iudex sacrarum cognitionum vice Caesaris* (sc. des Probus) in Fiskalsachen; dazu *Kunkel*, quaestio 785 u. *Peachin*, *Iudex* 129 ff. – *Frag. Vat.* 235 (*Ulp.*); *Peter Herz*, *Studien zur römischen Wirtschaftsgesetzgebung* (Stuttgart 1988) 77 schreibt dem *praef. annonae* Vollmachten zu, die „ebenso von der allumfassenden Kompetenz des Kaisers abgeleitet worden (sc. seien) wie etwa die Kompetenzen eines *legatus Augusti pro praetore*, der im Namen des Herrschers eine Provinz verwaltete“. Vgl. auch *Peachin*, *Iudex* 158 mit Anm. 11. Seit Caracalla können Prokuratoren, die nicht Provinzstatthalter sind, über Menschenraub (*lex Fabia*) u. Ehebruch (*lex Iulia de adulteriis*) richten (*Coll.* 14.3.3, *Ulp.*). Zur *lex Iulia* s. *Roman statutes* 1, hrsg. v. *Michael Crawford* (London 1996) Nr. 60; im folgenden zitiert: *Crawford*, *statutes*.

Sohn wegen Ehebruchs nicht selber töten dürfe, sondern vor dem Stadtpräfekten in Rom bzw. beim Provinzstatthalter anklagen müsse¹⁶.

Die gesamte Provinzialgerichtsbarkeit ist in der kaiserzeitlichen Überlieferung von der überragenden Stellung des Statthalters bestimmt, hinter der eine womöglich vielgestaltige Gerichtsorganisation verblaßt. Der Jurist Marcian stellte anfangs des dritten Jahrhunderts kurz und bündig fest: Für alle Probleme, für die es in Rom verschiedene Richter gibt (sc. etwa den *praefectus urbi*, den *praefectus praetorio*, die Praetoren usw.), sind in den Provinzen die Statthalter zuständig¹⁷. In augusteischer Zeit ergibt sich in der nordafrikanischen Cyrenaika gewiß ein differenziertes Bild; hier läßt sich klar zwischen dem traditionellen Gericht des Statthalters mit seinem *consilium*¹⁸ und Geschworenengerichten aus einheimischen und römischen Honoratioren unterscheiden, die sogar Todesurteile fällen konnten¹⁹. D. Nörr hat indes jüngst erhebliche Zweifel an der „diachrone(n) und synchrone(n) Verallgemeinerungsfähigkeit“ dieser „Momentaufnahme“ angemeldet²⁰. Auf längere Sicht nimmt er vielmehr eine Absorptionskraft der statthalterischen Gerichtsbarkeit an, aufgrund der die herkömmlichen Geschworenengerichte zum Beispiel mit dem *consilium* des rechtsprechenden Provinzgouverneurs irgendwie verschmolzen²¹.

Gerade in Deliktsfällen²² gewann die *cognitio extra ordinem* zunehmende Bedeutung²³. Auf diesem Wege konnten Urteile im Prinzip schneller als sonst gesprochen werden, weil der Richter hier Herr des Verfahrens war. Seine Ermessensfreiheit gegenüber gesetzlichen Strafen erlaubte ihm zudem, Einzelfallgerech-

¹⁶ Dig. 48.8.2 (Ulpian); vgl. Krause, Gefängnisse 47 f. S. aber CJ 9.9.4 (Alex. Sev.) mit der Fortgeltung der augusteischen lex Iulia de adulteriis (Crawford, statutes Nr. 60).

¹⁷ Dig. 1. 18. 11: *Omnia enim provincialia desideria, quae Romae varios iudices habent, ad officium praesidium pertinent*. Zur Datierung s. Hermann Fitting, Alter und Folge der Schriften römischer Juristen (21908, Ndr. Osnabrück 1965) 122.

¹⁸ Kunkel, Untersuchungen bes. 79 ff.

¹⁹ FIRA I² Nr. 68 I; vgl. A.N. Sherwin-White, The Letters of Pliny (Oxford 1966) 639 f.

²⁰ Dieter Nörr, Zu den Xenokriten in TAM II 2 Nr. 508 (Pinara), in: Rom und der griechische Osten, hrsg. v. Christian Schubert u. a. (Stuttgart 1995) 188; im folgenden zitiert: Nörr, Xenokriten.

²¹ Nörr, Xenokriten bes. 193 f. – P. Oxy. 3016 (148) bezeugt ein zivilrechtliches Urteil römischer Geschworener, das in den Amtstagebüchern des *praefectus Aegypti* festgehalten wurde – und womöglich durch ihn erst Rechtskraft erhielt; Hermann Horstkotte, in: ZPE 112 (1996) bes. 196. – P. Oxy. 2754 (111), dazu zuletzt Rudolf Haensch, in: Yann Le Bohec, (Hrsg.), La hiérarchie (Rangordnung) de l'armée romaine sous le Haut-Empire (Paris 1995) 275.

²² „Der Ausdruck Delikt soll hier verwendet werden als neutrale Bezeichnung sowohl für die unerlaubte Handlung im Sinne des modernen Zivilrechts wie auch für die strafrechtlich relevante Handlung im Sinne des modernen Strafrechts“ und damit nicht zuletzt auch für die traditionelle Vergeltung durch *iudicia publica* wie Zivilverfahren; Hans-Albert Rupprecht, Hybris, in: Überlieferung, Bewahrung und Gestaltung in der rechtsgeschichtlichen Forschung, hrsg. v. St. Buchholz (Paderborn, München, Wien, Zürich 1993) 272; im folgenden zitiert: Rupprecht, Hybris. Speziell zu nicht vorsätzlichen Schädigungen s. Andreas Wacke, Fahrlässige Vergehen im römischen Strafrecht, in: RIDA 26 (1979) 505–566.

²³ S. etwa Wolf, Claudius 148 f.

tigkeit zu üben²⁴ – *aequitas* hieß das zeitgenössische Schlagwort²⁵. Nero beispielsweise verordnete das neue Verfahren bei Klagen gegen Steuerpächter, in Rom vor dem Praetor, in den Provinzen vor dem Statthalter²⁶. Ulpian schrieb später im Ediktkommentar: Heutzutage werde Diebstahl in der Regel extraordinär vergolten; freilich könne der Geschädigte stattdessen auf eigenen Wunsch auch wie bisher im Zivilrechtsstreit vorgehen²⁷. Spätestens ab severischer Zeit sollte der Statthalter auch bei Grenzsteinverrückung dem Übeltäter einen extraordinären Prozeß machen²⁸.

Der Erfolg der *cognitio extra ordinem* erscheint als eine Hauptursache für die schwindende Bedeutung von Geschworenengerichten neben dem Statthaltergericht. Am ehesten sind sie noch in der eingeschränkten Lokalgerichtsbarkeit zu greifen, die die Provinzgemeinden in der Kaiserzeit genossen. Die Überlieferung ist für die römischen Städte auf der iberischen Halbinsel relativ am dichtesten bzw. besonders eingehend bearbeitet²⁹. Hiernach konnten beispielsweise Rekuiperatorengerichte bei Störungen der öffentlichen Ordnung Geldstrafen verhängen³⁰. Im übrigen ist, wie G. I. Luzzatto schon vor gut dreißig Jahren gerade im Blick auf den nichtromanisierten Osten hervorgehoben hat, mit verfahrensrechtlichen Unterschieden zwischen den Provinzen und innerhalb derselben Provinz zu rechnen³¹. So fanden speziell etwa in Athen Strafprozesse vor dem Areopag statt, Apuleius zufolge mit peinlichem Verhör *more Graecorum* und der Befugnis zur Todesstrafe³².

Ägypten ist schon deshalb ein Sonderfall, weil es die längste Zeit des Prinzipats keine municipale Selbstverwaltung kannte, sondern zentral vom Präfekten in Alexandria regiert wurde. Deliktswürfe erhoben die Untertanen nicht bei einem speziellen Gerichtshof, sie erstatteten vielmehr Anzeige bei einer Amtsper-

²⁴ Vgl. Dig. 48.19.13 (Ulp.).

²⁵ S. etwa Engbert Jan Jonkers, *Aequitas*, RAC I (1950) 142 f.

²⁶ Tac., ann. 13, 51; vgl. SEG 39, 1180 § 63 (Zollgesetz Asia).

²⁷ Dig. 47.2.93: *Meminisse oportebit nunc furti plerumque criminaliter agi et eum qui agit in crimen subscribere, non quasi publicum sit iudicium, sed quia visum est temeritatem agentium etiam extraordinaria animadversione coercendum. non ideo tamen minus si qui velit, poterit civiliter agere.*

²⁸ CJ 9.2.1 (222); zum Delikt vgl. Rolf Rilinger, *Humiliores – Honestiores* (München 1988) 258 ff.

²⁹ S. neuerdings etwa Wilhelm Simshäuser, *Stadtrömisches Verfahrensrecht im Spiegel der lex Irnitana*, in: ZSav 109 (1992) 163 ff.

³⁰ S. u. Anm. 114.

³¹ Giuseppe Ignazio Luzzatto, *Processo provinciale e autonomie cittadine*, in: JJP 15 (1965) bes. 57 f.; noch jüngst bezeichnete Nörr, *Xenokriten* 188 eine umfassende „Sammlung der griechischen Prozeßkunden“ als *Desiderat* der Forschung. Ernüchternd die Bilanz von Jean Colin, *Les villes libres de l'Orient gréco-romain et l'envoi au supplice par acclamations populaires* (Brüssel 1965) 92: „Dans nos recherches, nous n'avons rencontré aucun document lapidaire qui nous fasse connaître le déroulement d'un procès criminel à l'époque impériale dans une cité libre.“ Vgl. zum informativen Buch – im folgenden zitiert: Colin, *villes* – auch Dieter Nörr, in: ZSav 84 (1967) 614 f.

³² Apul., met. 10.8; vgl. u. Anm. 89.

son auf dem Lande³³ oder gleich ganz oben beim *praefectus Aegypti*. Dabei wurden die strafrechtlichen Vorwürfe etwa wegen Gewaltanwendung oft zusammen mit an sich zivilrechtlichen Streitpunkten wie beispielsweise (unberechtigten) Geldforderungen vorgetragen³⁴. Solche Eingaben setzten ein amtliches Verwaltungsverfahren in Gang, in dem weisungsbefugte Amtspersonen, ob der Präfekt selber oder zum Beispiel ein Stratege, oft zunächst einen Untersuchungsbericht von nachgeordneten Stellen anforderten³⁵. In einem solchen Verfahren war die von Ulpian erwähnte Wahlmöglichkeit zwischen einem privatstrafrechtlichen Vorgehen und der *cognitio extra ordinem* offensichtlich gegenstandslos³⁶.

Nichtsdestoweniger besaß derjenige, der den Rechtsweg beschritt, offenbar klare Vorstellungen über den vorgegebenen Verfahrensgang. So ging beispielsweise ein angeblicher Schuldner, der sich arglistig verfolgten Forderungen ausgesetzt sah, in seiner formelhaft abgefaßten Petition (wohl) an einen Strategen ohne weiteres von den folgenden Schritten aus: von der Ladung des vermeintlichen Gläubigers durch einen Gehilfen (*hyperetes*) des Beamten, und zwar per Abschrift der Eingabe (*diastolikon*), der Verhandlung auf dem nächsten Gaukonvent des Präfekten, für den der Kläger sich vorsorglich weiteren Sachvortrag vorbehielt, und schließlich der Urteilsverkündung (natürlich) zu seinen Gunsten³⁷. Ein anderer, der im Auftrag eines Klägers dem Strategen ein Ladungsschreiben überreichte, wies Nachfragen zur Sache entschieden zurück, weil er allein mit der Vorlage des Schriftsatzes betraut, zu Auskünften aber nicht befugt – und der Beamte zu solchen Fragen mithin nicht berechtigt sei; er solle doch seinen *hyperetes* fragen, was der Stratege sogleich auch tat³⁸.

Als es in Alexandria wieder einmal zu Unruhen zwischen Griechen und Juden gekommen war, appellierte eine offizielle Verlautbarung an die Wiederherstellung des (Rechts-)Friedens durch geordnete Verfahren³⁹. Wenn einer gegen jemanden Anklage erheben wolle, so habe er einen vom Kaiser entsandten Richter. Denn selbst die Statthalter dürften niemandem ohne Gerichtsverfahren das Leben nehmen. Ein Gerichtsverfahren habe jedoch seinen festen Zeitpunkt, seinen festen Ort wie auch seinen festen Strafraum – es möge endlich Schluß damit sein, gewaltsam und ungerecht das vermeintliche ‚Recht‘ zu suchen.

³³ Vgl. u. bei Anm. 96.

³⁴ S. etwa PSI VIII 941 (2. Jh.); allg. Wolfgang Dahlmann, ὥH ἐᾶᾶᾶ im Recht der Papyri (Diss. jur. Köln 1968); Rupperecht, Hybris.

³⁵ S. etwa PSI 883 = CPapJud 445; P. Oxy. Hels. 23 (212); P. Ryl. 127 (29).

³⁶ Vgl. o. Anm. 27.

³⁷ wie o. Anm. 34.

³⁸ PSI IX 1033 (Oxy., 166).

³⁹ CPapJud 435, col III 18 ff.

Der iudex, sein Legat und der procurator Caesaris

Der Konvent des Statthalters bildete das zentrale Forum, wo sich die meisten Rechtsuchenden einfanden⁴⁰. Der Provinzgouverneur war der *iudex* schlechthin⁴¹. Er war der Hüter der Ordnung im weitesten Sinne und hatte dafür zu sorgen, daß in seiner Provinz Ruhe und Frieden herrschte⁴². In den Provinzen ohne Militär jedenfalls, sagt Strabo⁴³, war die Rechtspflege eigentlich seine Hauptaufgabe.

Der Statthalter hatte das *maius imperium* in der Provinz nächst dem Kaiser⁴⁴. Schon ab Claudius in der frühen Kaiserzeit hatten auch ritterliche Gouverneure im Prinzip dieselben Vollmachten wie senatorische⁴⁵. Das *imperium* war stets höchstpersönlich. So galten die Urteile eines Imperiumsträgers, solange er im Amt war – danach konnte die Sache grundsätzlich erneut aufgerollt werden⁴⁶.

Strafverfahren oder strafrechtliche Aspekte waren nur ein Teilgebiet der statthalterlichen Rechtsprechung neben dem weiten Feld der Zivilstreitigkeiten etwa um Kauf und Verkauf oder Erbschaften. Außer der streitigen Gerichtsbarkeit (*iurisdictio contentiosa*) war der Provinzgouverneur auch für die Zuteilung unstreitiger Rechte (*iurisdictio voluntaria*) zuständig, also zum Beispiel für Freilassung und Adoption. Speziell strafrechtliche Zuständigkeiten zählt ein Edikt des *praefectus Aegypti* M. Petronius Mamertinus aus hadrianischer Zeit auf, das anscheinend auf die *mandata* zurückgeht, die der Kaiser dem Statthalter mit dem Amt übergab⁴⁷. Namentlich ging es dabei offenbar um Tötungsdelikte⁴⁸ – auch unter Soldaten⁴⁹ –, Waffengewalt, Bandenkriminalität⁵⁰, Menschenraub⁵¹, Viehdiebstahl.

⁴⁰ Hermann Horstkotte, Die 1804 Konventseingaben in P. Yale 61, in: ZPE 114 (1996) 189 ff.; allg. Giulia Foti Talamanca, Ricerche sul processo nell'Egitto greco-romano, 2 Bde. (Mailand 1979–1984).

⁴¹ Dig. 1.16.7.2 (Ulp.), Marcian o. Anm. 17. S. auch schon die sog. Lex de provinciis praetoriis IV 34 ff. (Crawford, statutes Nr 12).

⁴² Dig. 1. 18. 13pr. (Ulp.): *Congruit bono et gravi praesidi curare, ut pacata atque quieta provincia sit quam regit*. Vgl. auch Dig. 1.8.6 pr.-4 (UO).

⁴³ Strabo III. 4. 20, 166 (Lusitania).

⁴⁴ S. o. Anm. 17.

⁴⁵ Zum Schwertrecht s. u. bei Anm. 64.

⁴⁶ Gai., inst. IV 105.

⁴⁷ P Yale 162 = SB 10929; vgl. James Henry Oliver, Greek applications for Roman trials, in: AJPh 100 (1979) 549 ff. – im folgenden zitiert: Oliver, applications – u. Naphtali Lewis, ebda. 102 (1981) 340 ff.; V. Marotta, Mandata principum (Turin 1991) 116 ff. S. ferner u. Anm. 98.

⁴⁸ Speziell zum Giftmord vgl. o. Anm. 6.

⁴⁹ Wenn kein Vorsatz nachweisbar war, strafte der *praeses* nach Disziplinarrecht (CJ 9.16.1 vJ 215).

⁵⁰ Auf *latrocinium*, *factiones* stand üblicherweise die Todesstrafe, s. etwa Philostrate, VA 6.24 (Palaestina). Auf diese Weise wurden nicht zuletzt vermeintlich umstürzlerische Religionsführer kriminalisiert, ein Beispiel ist der Kreuzestod des Bischofs Simon von Jerusalem (Eus., HE 3.34.3 u. 6; dazu Werner Eck, in: BASP 21 [1984] 61). In Verdachtsfällen von Aufruhr erschienen schon im vorprozessualen Stadium peinliche Verhöre von angeblichen ‚Anführern‘ durch Ordnungskräfte gerechtfertigt (SB 12949; vgl. auch die Behandlung des Bischofs Philas in Alexandrien, P. Bodmer 20 col. 1).

stahl, Urkundenfälschung⁵², Testamentsbruch sowie jedes besonders gravierende Unrecht (*atrox iniuria*), dessen Schwere von den jeweiligen Umständen abhing (ob etwa eine Amtsperson oder ein unbedeutender Zivilist beleidigt wurde). Ferner kümmerte sich der Statthalter um Beschwerden der Patrone über ihre Freigelassenen oder von Eltern⁵³.

Während der Gerichtsstand sonst in der Heimat des Beschuldigten lag, mußte sich der *in flagranti* erwischte Straftäter vor Ort bzw. dem Statthalter der betreffenden Provinz verantworten⁵⁴. Das konnte sich nicht nur auf das Verfahren, sondern auch auf die Bestrafung auswirken. In der Getreidekammer Africa wurde Brandstiftung auf den Feldern besonders hart bestraft, in Mysia die Vernichtung von Weinstöcken; wenn Bösartigkeiten zu sehr um sich griffen, sollten Exempel statuiert werden⁵⁵. Es gab auch regionale Strafwerkzeuge, zum Beispiel original ägyptische Pferdepeitschen, die aber jedenfalls Freien erspart bleiben sollten⁵⁶.

Trotz aller Sonderrechte wurden sämtliche Urteile aus Rom, wie Hermogenian am Ende des dritten Jahrhunderts festhielt⁵⁷, den Statthaltern zur Kenntnis gebracht – im Sinne des nicht wegzudenkenden Gleichbehandlungsprinzips⁵⁸, womit extravaganten Entscheidungen und Lösungen Grenzen gesetzt wurden.

Dies alles bedeutete Aktenberge, die der Statthalter schwerlich allein bewältigen konnte. Die Überlastung und Abhängigkeit von grauen Eminenzen im persönlichen Umfeld, korrupten Mitarbeitern sind ein Topos. Lampo, der Bürochef eines frühkaiserzeitlichen Statthalters von Ägypten, hatte zugleich das Image eines ‚Aktenesels‘ (γραμματοκύφων) und eines ‚Schreibtischmörders‘ (καλαμοσφακτης)⁵⁹.

Freilich konnte der Statthalter seine umfassende Rechtsprechung zum Teil etwa auf seinen Legaten förmlich delegieren (*mandata iurisdictio*)⁶⁰, der *praefectus Ae-*

Nach Dig. 48.19.27.1–2 (Call.) mußte die Relegation eines Dekurionen wg. *latrocinium* vom Kaiser genehmigt werden; Cass. Dio legt schon Maecenas, dem Berater des Augustus, die Empfehlung in den Mund, die ‚Ersten‘ (protoi) der Gemeinde der kaiserlichen Gerichtsbarkeit vorzubehalten (52.22.3).

⁵¹ Vgl. o. Anm. 15 sowie u. Anm. 82. – Wer jemandes Ehefrau entführen ließ, beging ein *crimen publicum* (CJ 3.41.4.1 vJ 294), die Ehe war mithin im Strafrecht besonders bewehrt.

⁵² S. etwa auch das *crimen falsi* des Philosophen Flavius Archippus, das die Verurteilung *in metallum* durch den Prokonsul nach sich zog und die ehrenrührige Disqualifikation zum Richteramt zur Folge hatte (Plin., ep. 10.58.3). Zur Testamentsfälschung s. ebenfalls schon o. bei Anm. 6.

⁵³ Vgl. auch BGU VII 1578, 6–8 (3. Jh.); im konkreten Fall beschwerte sich ein Veteran über seine Tochter; Dig. 1.16.9.3 (Ulp.); CJ 8.46.3–4 (227/259).

⁵⁴ *Apul.*, met. 3.3; Dig. 48.3.11 (Celsus).

⁵⁵ Dig. 48.19.16.9; ein Beispiel aus Ägypten P. Oslo 17 (136).

⁵⁶ SB 1186.

⁵⁷ Dig. 1. 18. 10.

⁵⁸ Zur Gleichbehandlung als Erfordernis der Gerechtigkeit s. neuerdings Ulrich Manthe, Beiträge zur Entwicklung des antiken Gerechtigkeitsbegriffs I, in: ZSav 113 (1996) 1 ff.

⁵⁹ *Philo*, Flacc. 131–132.

⁶⁰ Dig. 1. 16. 13 (Pomponius): *Legati proconsulis nihil proprium habent, nisi a proconsule eis mandata fuerit iurisdictio*. Paulus hält den Begriff *imperium* im Zusammenhang mit der mandierten Rechtspflege überhaupt nur in dem Sinne für vertretbar, daß die *iurisdictio*

gypti auf den *iuridicus*⁶¹ als seinen Stellvertreter oder den höchsten Beamten (*ex-egetes*) von Alexandria⁶². Ulpian und andere Juristen unterschieden diesbezüglich zwischen einem *imperium merum*, der ‚reinen‘ Befehlshoheit, und dem *imperium mixtum*, einem vermischten, mit anderen Worten ‚unreinen‘ oder uneigentlichen *imperium*⁶³. Klarstes Beispiel für das ‚reine‘ *imperium* war das Schwertrecht, die Vollmacht, die Todesstrafe zu verhängen. Sie wurde ursprünglich, im republikanischen Rahmen, durch eine *lex* verliehen, seit Augustus typischerweise vom *princeps*⁶⁴. Senatorische Statthalter und der Präfekt von Ägypten hatten das Recht über Leben und Tod seither qua Amt, ritterlichen mußte es ansonsten gesondert verliehen werden⁶⁵. Was aber durch *lex*, SC oder den Kaiser eigens verliehen wird, konnte der Betreffende nicht seinerseits einem Dritten übertragen⁶⁶. So blieb dem Statthalter auch die *iurisdictio voluntaria* mit den althergebrachten Legiskationen etwa zur Freilassung vorbehalten, jedenfalls die längste Zeit des Prinzipats⁶⁷.

Ob der Statthalter seinem Legaten überhaupt *iurisdictio* übertrug, war in seinen Willen gestellt; ein Widerruf war dann aber nur mit Einverständnis des Kaisers möglich⁶⁸. Der Legat durfte nicht am *praeses* vorbei den Kaiser konsultieren; der Prokonsul mußte umgekehrt antworten, wenn er selber von den Legaten konsultiert wurde. Der *praeses* war auch Appellationsinstanz für Entscheidungen des Legaten⁶⁹.

Da der Legat Strafverfahren in allen schweren Fällen, vor allem wenn die Todesstrafe in Betracht kam, an den Statthalter abtreten mußte⁷⁰, blieb seine mandierte Strafgerichtsbarkeit im wesentlichen auf Injurienklagen in leichteren Fällen begrenzt, privatstrafrechtliche Verfahren, in denen das Unrecht mit Geld aus der Welt geschafft werden konnte. Bei Diebstahl oder Betrug mochte das je nachdem

begriffsnotwendig auf Sanktionsmittel, auf zwangsweise Durchsetzung angewiesen sei (Dig. 1.21.5.1).

⁶¹ S. etwa P. Harr. 68 (268) u. P. Diog. 18 (225) zur *tutela*; SB 11906 (2–3. Jh.), wo der *iuridicus* vor dem Eintreffen des neuen Präfekten (und seiner Beauftragung) keine Eingaben annimmt.

⁶² P. Mil. Vogl. I 27 (128/9).

⁶³ Dig. 2.1.3 (*Ulp.*); vgl. allg. Detlef Liebs, Gemischte Begriffe im römischen Recht, in: Index 1 (1970) 148 ff.

⁶⁴ Cass. Dio 53.14.5; Detlef Liebs, Das *ius gladii* der römischen Provinzgouverneure in der Kaiserzeit, in: ZPE 43 (1981) 217–223.

⁶⁵ Cass. Dio 53.13.7. Vgl. im übrigen Tac., ann. 12, 60 zur Übertragung der Zivilgerichtsbarkeit an den *praef. Aegypti* durch Augustus, an alle Provinzprokuratoren durch Claudius.

⁶⁶ Dig. 1.21.1.pr-1 (Pap.).

⁶⁷ Dig. 1.16.2 (Marcian). Septimius Severus und Caracalla bestätigten freilich Bradua Mauricus, dem Prokonsul von Africa, ein weitgehendes Delegationsrecht einschließlich der Amtsenthebung suspekter Tutoren (Dig. 1.21.4, *Macer*; 1. 16. 15, *Licinii Rufinus*; 26.1.6.2 u. 26.10.1.4 *Ulpian*). Wenn Ulpian an der letztgenannten Stelle schreibt, *mandata iurisdictione officium . . . totum iuris dicundi transit*, ist der Ausdruck *iurisdictio* nach wie vor eng in Bezug auf zivilrechtliche Angelegenheiten zu verstehen.

⁶⁸ Dig. 1.16.6.1–2 (*Ulp.*).

⁶⁹ Dig. 49.3.2 (*Ulp.*).

⁷⁰ S.o. Anm. 64 und Dig. 1. 16. 11 (*Venuleius Saturninus*): *Si quid erit quod maiorem animadversionem exigit, reicere legatus apud proconsulem debet: neque enim animadvertendi coercendi vel atrociter verberandi ius habet.*

möglich sein⁷¹. Der Schuldige mußte dann den mehrfachen, den doppelten oder vierfachen Wertersatz leisten⁷². Grundsätzlich konnten Injurienklagen allerdings auch die Unbescholtenheit und damit den Personalstatus des Schuldigen beeinträchtigen⁷³. Bei Bouleuten bedeutete das gegebenenfalls den Verlust des Ratssitzes⁷⁴. Es hing also auch im Gebiet der Injurienklagen ganz vom Einzelfall ab, wann der Legat die Sache besser an den Statthalter abtrat. Speziell Untersuchungsgefangene durfte er überhaupt nur verhören und nicht einmal Haftverschonung gewähren⁷⁵. Im Rechtsalltag mochten die genauen Zuständigkeiten vielleicht leicht übersehen werden – immerhin schärfte noch Diocletian die prinzipielle Alleinzuständigkeit des Statthalters ein⁷⁶: Klagen gegen *iniuriae* könnten nicht einfach bei den *stationarii*, Landposten, erhoben, sie mußten vielmehr beim Statthalterbüro (*apud praesidalem potestatem*) per Libell eingereicht oder zur Niederschrift (*apud acta*) vorgetragen werden.

Komplizierter war das Verhältnis von statthalterlicher Gerichtsbarkeit und den nicht immer klaren Befugnissen des *procurator Caesaris*, der kaiserlichen Vermögens- und Abgabenverwaltung⁷⁷. Allgemein hat Tacitus einmal zynisch bemerkt: Der Statthalter nimmt den Untertanen das Leben, der *procurator* die Habe⁷⁸. Der vernünftige Statthalter solle jedem Streit mit den Prokuratoren möglichst aus dem Wege gehen⁷⁹. Diese Maxime schärft auch Ulpian ein⁸⁰: Für alles ist der Prokonsul zuständig, außer Fiskalangelegenheiten, die den kaiserlichen Prokurator angehen und von denen sich der senatorische Statthalter besser fernhält. Konkret entschied der *procurator* und nicht der *praeses*, ob ein Nachlaß dem Fiskus zustand, wenn etwa der Verdacht aufkam, daß ein Selbstmörder seiner Strafe entgehen wollte⁸¹. Verfahren wegen Menschenraubs, die vor die Statthalter gehörten, usurpierten Ulpian⁸² zufolge gelegentlich die *procuratores Caesaris*, wegen der Geldstrafen. Richtig war vielmehr, daß der *procurator* den Urteilsspruch des Statthalters ab-

⁷¹ Vgl. AE 1986, 333 LXXXIV; Julián Gonzalez, in: JRS 76, 1986, 228 z.St.

⁷² Dig. 47.2.68.2 (Celsus); CJ 6. 2. 11 (293) u. 3.41.4pr. (294). Vgl. auch Naphthali Lewis, in: BASP 13 (1976) 171 ff. u. 18 (1981) 76.

⁷³ Vgl. Gai., inst. 4, 182, Inst. Just. 4, 16, 2.

⁷⁴ P. Oxy. 1406 = Meyer, Jur. Pap. 72 = FIRA I² Nr. 89 (Edikt Caracallas).

⁷⁵ Dig. 1.16.6 pr. (Ulp.); zur Untersuchungshaft vgl. Krause, Gefängnisse bes. 64 ff.

⁷⁶ CJ 9.2.8.

⁷⁷ Klare Zuständigkeiten etwa für *ad metalla* Verurteilte als *fisci mancipium* (CJ 9.51.8 Valerian); ein Mündel muß seine Ansprüche gegen Tutor vor dem *procurator* geltend machen, wenn dessen *bona* inzwischen dem Fiskus verfallen sind (CJ 9.48.5 Philipp; s. auch CJ 8.40.3 vJ 208 für Schuldnervermögen generell); CJ 7.73.6 (Gordian): *procuratorem ius fisci exsequentem*...

⁷⁸ Tac., Agr. 15.2 (Britanni): *nunc binos (reges) imponi, e quibus legatus in sanguinem, procurator in bona saeviret*...

⁷⁹ Tac., Agr. 9.4 : ... *procul a contentione adversus procuratores*.

⁸⁰ Dig. 1.16.9 pr.: *nec quicquam est in provincia, quod non per ipsum (sc. proconsulem) expediat, sane si fiscalis pecuniaria causa sit, quae ad procuratorem principis respicit, melius fecerit, si abstineat*...

⁸¹ CJ 3.26.2 (207).

⁸² Coll. 14.3.

wartete, um dann gegebenenfalls bei der Vollstreckung, der Eintreibung der Geldstrafe, seines Amtes zu walten⁸³. Indessen ließ Caracalla die Prokuratoren doch als Richter nach der grundlegenden *lex Fabia* zu, den Statthaltern blieb die Kapitalgerichtsbarkeit vorbehalten.

Im Prinzip war aber jede Konkurrenz *praeses / procurator Caesaris* vermeidbar, wenn der Statthalter seinen potentiellen Rivalen als *vice praesidis* zu Gericht sitzen oder Richter bestellen ließ⁸⁴. Mitunter maßte sich der *procurator* diese Rechte auch ohne weiteres an⁸⁵.

Kommunale Strafrechtspflege

Dion Chrysostomos hebt etwa für Rhodos hervor, die Rechtspflege sei die letzte verbliebene Aufgabe der Gemeinde aus ruhmvolleren Zeiten⁸⁶. Tatsächlich bezog sie sich, wie Philostrate beispielsweise für Smyrna berichtet, im wesentlichen auf die Beilegung finanzieller Streitigkeiten – Strafsachen, habe der weise Polemon seinen Mitbürger gelehrt, erforderten ein Schwert und müßten deshalb ‚außerhalb‘, also auf Provinzebene entschieden werden⁸⁷. Schon Augustus garantierte den Juden, nach eigenem Recht zu leben, die Kapitalgerichtsbarkeit war aber römisch⁸⁸. Eine ‚freie‘, formell außerhalb der Provinzialverwaltung stehende Gemeinde des griechischen Ostens mochte allerdings selber sogar die Todesstrafe aussprechen können, wie jedenfalls Apuleius berichtet⁸⁹. Ob solch ein Urteil auch ohne Konsultation römischer Autoritäten vollstreckbar war, steht dahin.

Regelungen des zweiten Jahrhunderts über den Ölexport aus Athen zeigen eine nur bedingte Geltung kommunaler Strafrechtsvorschriften. Wer gegen eine Ablieferungspflicht für Gemeindezwecke verstieß, mußte mit Konfiskation durch den Gemeinderat (*boule*) rechnen – die Appellation an den Statthalter von Achaia und den römischen Kaiser war aber gewährleistet⁹⁰. Die Gemeinde Mylasa in Karien, die jedenfalls in augusteischer Zeit eine *civitas libera* außerhalb der statthalterlichen Zuständigkeit war⁹¹, faßte noch in severischer Zeit einen Beschluß (*psēphisma*) gegen die Münzhortung, der den Freien mit einer Geldstrafe bedrohte, den Sklaven sogar mit körperlicher Züchtigung und einer halbjährigen Gefängnishaft⁹². Die Dekurionen einer afrikanischen Gemeinde beschlossen ein Dekret

⁸³ S. auch CJ 3.26.3 (215).

⁸⁴ S. die vorige Anm.; CJ 9.47.2 (Caracalla); CJ 9.20.4 (230).

⁸⁵ CJ 3.3.1 (242).

⁸⁶ *Dion Chr.* 31.162.

⁸⁷ *Philostrat.*, v. soph. 1.25.2 (532); vgl. *H. Last*, *coercitio*, RAC 3, 241.

⁸⁸ *Jos.*, Ant. Iud. 14, 162–5.

⁸⁹ *Apul.*, met. 3, 2ff.; dazu *Colin*, villes 101 ff. Vgl. für das frühkaiserzeitliche Italien AE 1971, 88 (Puteoli) u. *Suet.*, Claud. 34, 1; *Hartmut Galsterer*, in: GGA 229, 1977, 75.

⁹⁰ *Colin*, villes 74.

⁹¹ *Colin*, villes 59.

⁹² IK 34 Nr. 605.

gegen das Abweiden fremder Grundstücke⁹³: Gegen einen alleinverantwortlichen Sklaven werde der Prokonsul mit aller Härte vorgehen, dem mitwissenden Herdenbesitzer drohte eine Geldstrafe. Allerdings lehnte sich die lokale Regelung ausdrücklich an ein kaiserliches Reskript an. In einem Edikt vom Ende des dritten Jahrhunderts behält der *praefectus Aegypti* sich das Strafverfahren selber vor, ganz abgesehen von der Konfiskation der Herdentiere⁹⁴. Je nachdem erstreckten sich Gemeindeprivilegien bis in den Strafvollzug: So durfte ein Alexandriner nur von einem Mitbürger körperlich gezüchtigt werden⁹⁵.

Trotz der Zuständigkeit des Statthalters nahm in severischer Zeit der *stationarius* immerhin Anzeigen etwa wegen Raubüberfalls entgegen⁹⁶, wer den Täter *in flagranti* dingfest machte, sollte ihn den lokalen Magistraten übergeben, die den Betroffenen dem *praeses* überstellen mußten⁹⁷. Für das Aufgreifen räuberischen Gesindels und erste polizeiliche Verhöre waren nach den kaiserlichen *mandata*, wie der spätere Kaiser Pius als Statthalter in Asia per Edikt bekanntgab, die Irenarchen zuständig⁹⁸. Eine Frau aus Magdala in Koilesyrien erstattete 245 bei einem *centurio* als lokalem Polizeichef Anzeige wegen Ermordung ihres Bruders und beschuldigte die Nachlaßbesitzerin⁹⁹. Als Tatzeugen benannte sie einen Soldaten und einen Veteranen. Der *centurio* sollte ihre Aussage durch seine Unterschrift amtlich machen, die Klägerin wollte die Urkunde dann im Prozeß verwenden. Petitionen wegen Diebstahl oder verbotener Eigenmacht beispielsweise in Erbaueinandersetzungen wurden in Ägypten oft an den Strategen oder sein nachgeordnetes Personal auf dem Dorfe gerichtet; dabei lastete auf Dorfpolizisten, den *epistateis phylakeiton* bzw. den *archephodoi*, die mühevollen Hilfsfunktion, die Tatsachen möglichst aufzuklären und die Beteiligten zum Termin vor dem Strategengericht vorzuführen¹⁰⁰. Das galt etwa auch bei verbotenen Weiden¹⁰¹. Eine Anzeige wegen Weizendiebstahls, den Flurwächter hätten verhindern sollen, ging an

⁹³ Robert K. Sherck, *The Municipal Decrees of the Roman West* (Buffalo 1970) Nr. 62 (186 oder 256) mit d. Komm. S. 78.

⁹⁴ P. Oxy. 2704 (292).

⁹⁵ Philo, Flacc. 75 ff.; vgl. allg. Raphael Taubenschlag, *Op. min.* 2, 737.

⁹⁶ SB 9238 (198–211 Fayum); s. auch P. Ryl. 141, wo ein Gläubiger bei einem *centurio* Anzeige wegen seines Geldes und Tötlichkeiten seitens des Schuldners erstattet.

⁹⁷ Coll. 7.2.1 (Paul.); BGU 2240 (138–142).

⁹⁸ Dig. 48.3.6.1 (Marcian). In den Worten des Juristen Arcadius Charisius befaßten sich diese Liturgen mit der *disciplinae publicae et corrigendis moribus* (Dig. 50.4.18.7). Zu den *mandata* vgl. auch o. Anm. 47.

⁹⁹ P. Euphr. I 5.

¹⁰⁰ P. Brook 3 (137); P. Mich. V 230 (48); P. Ryl. 127 (29); SB 7368 (3. Jh.) führen *archephodoi* Zeugen vor das Gericht des Nomosstrategen, P. Mich. inv. 6060 II = ZPE 111 (1996) 175 ff. fordert dieser Tatsachenauskünfte nach. P. Sakaon 93 (314–23) belegt das Amt d. *archephodos* noch im 4. Jh.

Zu Überstellungsbefehlen s. P. Prag 12–13, P. Köln 281, P. Brook 6 mit weiteren Hinweisen.

¹⁰¹ P. Ryl. 135 (34); s. auch P. Ryl. 126 = C. Pap. Jud. 420 b. (28–9). Coll. Pap. II 77 (324) soll ein lokaler Beamter (*praepositus pagi*) den Fall zu den Akten nehmen und damit für den Statthalterkonvent vormerken; Hans-Julius Wolff, in: ZSav 95 (1978) 363.

den Strategen des Arsinoites¹⁰², wegen Sachbeschädigung und Diebstahl zweier Esel an einen Strategen des Meris¹⁰³. Der Strategie selber durfte (ähnlich dem Legaten eines Prokonsuls) jedoch höchstens als Untersuchungsrichter fungieren¹⁰⁴. Bei voller formeller Zuständigkeit und Verantwortung des Provinzgouverneurs hing seine Rechtsentscheidung doch wesentlich von den Tatsachenerhebungen des Hilfspersonals ab.

Ohne Gerichtsurteile konnten lokale Magistrate (wie der Provinzstatthalter) Ordnungswidrigkeiten, für die keine spezialgesetzlichen Strafen vorgesehen waren, mit Geldbußen begegnen¹⁰⁵. Solche Ermessensentscheidungen wurden ihnen durch kaiserliche *mandata* wiederholt verbürgt¹⁰⁶. Um beispielsweise Amtsträger zur Eidesleistung zu bewegen, sah das Stadtgesetz von Irni ein Zwangsgeld von 10000 HS vor¹⁰⁷. Ein typisches Beispiel, Ungehorsam im Alltag zu brechen, geben die Aedilen als Marktaufseher. Sie konnten in Irni bis zu 5000 HS Zwangsgeld pro Tag verlangen¹⁰⁸. Im augusteischen Ilion verhängten offenbar die Prytanen Geldstrafen über Marktleute¹⁰⁹. Auch die Prügelstrafe stand namentlich den Aedilen gegenüber Kleinhändlern zu Gebote¹¹⁰. Allerdings mußten die Beamten schon genau wissen, wen sie vor sich hatten: So ließ ein Bezirksstrategie in Ägypten einen Militärvetenaren, immerhin einen römischen Bürger, irrtümlich (wenn nicht wider besseres Wissen) auspeitschen, weswegen dieser sich dann beim Präfekten beschwerte¹¹¹. Auch die Geldbuße, die der lokale Magistrat anordnete, mußte nicht das letzte Wort bleiben. Die Entscheidung war vor dem Dekurionenrat anfechtbar¹¹².

Darüber hinaus gab es in der Gemeinde auch ordentliche Gerichtsverfahren vor Einzelrichtern oder je nachdem Richterkollegien (*recuperatores*), die aber, wie es in den Paulus-Sentenzen heißt¹¹³, nur bis zu einer bestimmten Streitwertgrenze entscheiden konnten. Sie waren mithin auf die Privat Strafverfolgung und höch-

¹⁰² P. Mich. inv. 6807a (98–100) = ZPE 106 (1995) 212 f.

¹⁰³ P. Mich. inv. 2868 a (158/9) = ZPE 96 (1995) 215.

¹⁰⁴ P. Amh. 66 (124); vgl. Leopold Wenger, in: Archiv 2 (1903) 55.

¹⁰⁵ Cic., leg. 3, 6 spricht von *multa vinculis verbereribus*.

¹⁰⁶ Dig. 50.16.131 (Ulp.): *et multa quidem ex arbitrio eius venit, qui multam dicit; poena non irrogatur, nisi quae quaque lege vel quo alio iure specialiter huic delicto imposita est ... magistratus solos et praesides provinciarum posse multam dicere mandatis permissum est.*

Der *curator rei publicae/logistes* ist kein Magistrat und hat wegen der fehlenden Amtsgewalt auch kein Recht, Multen zu verhängen (CJ 1.54.3 vJ 239).

¹⁰⁷ AE 1986, 333 XXVI.

¹⁰⁸ Ebda. XIX, s. auch LXXV.

¹⁰⁹ IK 3, Nr. 65.

¹¹⁰ Dig. 50.2.12 (Call.).

¹¹¹ Hermann Horstkotte, SB 7523 und der Veteranenstatus Mitte des 2. Jahrhunderts n. Chr., in: ZPE 111 (1996) 256–8.

¹¹² Lex Malac. LXVI, Lex Irnit. LXVI; vgl. Thomas Spitzl, Lex Municipii Malacitani (München 1984) 106 ff., im folgenden zitiert: Spitzl, Lex.

¹¹³ *Res iudicatae videntur ab his, qui imperium potestatemque habent vel qui ex auctoritate eorum inter partes dantur, itemque a magistratibus municipalibus usque ad summam, qua ius dicere possunt ...* (PS V VA 1). Lex Malac. LXVIII; Spitzl, Lex 58 ff.

stens Bußgelder beschränkt. Insoweit hat auch die jüngst vieldiskutierte Lex Irnitana nichts Überraschendes gebracht¹¹⁴. Die gerichtlichen Multverfahren dienten dem Schutz der öffentlichen Ordnung. Sie bezogen sich etwa auf die Störung von Wahlen¹¹⁵, den Abriß von Gebäuden („Bauspekulation“)¹¹⁶ oder nach einem augusteischen Edikt für die (italische) Gemeinde Venafrum die Verletzung wasserbaurechtlicher Vorschriften durch Private¹¹⁷. In Rom selbst verhängte hingegen der zuständige *curator aquarum* selbst Geldbußen beim Verstoß gegen grundlegende, etwa auf einem Senatsconsult beruhende Regelungen¹¹⁸. In Ephesus galt nach einem Edikt des Prokonsuls A. Vicirius Martialis aus dem Anfang des zweiten Jahrhunderts eine Höchststrafe von 100 000 Sesterzen¹¹⁹.

Gegen Urteile kommunaler Gerichte stand der Appellationsweg offen. Der Statthalter war die erste Berufungsinstanz, der Kaiser die letzte. Versperrt ist die Appellation vom Statthalter an den Kaiser aber unverbesserlichen Aufführern und Rädelsführern bei schwerem Landfriedensbruch¹²⁰. Für die Appellation in geldwerten Streitigkeiten war ein Mindeststreitwert erforderlich¹²¹, ein Teil der Streitsumme mußte hinterlegt werden¹²². Bei schweren Straftaten bzw. Urteilen, die den Personalstatus minderten (*capitis minutio*), gab es solche Hürden nicht.

Schluß

Strafen sind die Kehrseite der Gehorsampflichten, ohne die kein Sozialverband bestehen kann. Vielfach sorgt das ungeschriebene „Sittengesetz“ dafür, daß jemand, der sich abweichend verhält, die Mißbilligung spürt. Gesetztes Strafrecht ist eine historische Weiterentwicklung der europäischen Hochkulturen, in der die geltenden Normen – und äußerstenfalls ihre erzwungene Einhaltung – von politischer

¹¹⁴ Lex Irnit. LXXXIV u. LXXXIX; s. etwa A. Rodger, Jurisdictional limits in the lex Irnitana and the lex de Gallia Cisalpina, in: ZPE 110 (1996) 189 ff. – Lex Urs. XCV, dazu d. Komm. bei Crawford, statutes 441 ff.

¹¹⁵ Lex Malac. LVIII; Spitzl, Lex 58 ff.

¹¹⁶ Lex Malac. LXII; Spitzl, Lex 79 ff.

¹¹⁷ FIRA I² Nr. 67; Spitzl, Lex 60 Anm. 153. Vgl. allg. Werner Eck, Die Wasserversorgung im römischen Reich, in: Die Wasserversorgung antiker Städte, hrsg. von der Frontinus-Gesellschaft (Mainz 1987) 49 ff.

¹¹⁸ Frontin aq. 127; vgl. auch Martin Pennitz, Der „Enteignungsfall“ im römischen Recht der Republik und des Prinzipats (Forschungen zum Römische Recht 37, Wien, Köln, Weimar 1991) 75 ff.

¹¹⁹ IK 17, 1 Nr. 3217; s. auch IK 9, 1, Nr. 1 (Nikaia, hadrianisch).

¹²⁰ Dig. 49.1.16 (Mod.).

¹²¹ Oliver, constitutions Nr. 90 (Sparta, hadrianisch).

¹²² P. Yale 162 (o. Anm. 47): ein Viertel des Streitwertes. AE 1974, 629 (Cos, claudisch): 2500 Denare; Oliver, applications u. P. J. Sijpesteijn, in: ZPE 22 (1976) 107.

Willensmacht und ihren gestaltenden Organen abhängen¹²³. Entsprechend den grundlegenden sozialen und politischen Integrationseinheiten der römischen Kaiserzeit verteilte sich die öffentlich sanktionierte Strafrechtspflege auf die Familienoberhäupter, die Gemeinden sowie letztlich den römischen Senat und den Princeps. Als Bevollmächtigte der römischen Oberhoheit fungierten in den Provinzen in erster Linie die Statthalter.

Maßgeblich für die statthalterliche Rechtsprechung waren die *mandata*, die der Kaiser den Provinzgouverneuren mit auf den Weg gab. Diese Anweisungen beruhten zum Teil, aber nicht notwendig auf spezialgesetzlichen Regelungen (*leges*)¹²⁴ – zumal gerade im Strafrecht provinziale und je nachdem sogar lokale Besonderheiten zu berücksichtigen waren. Der ‚reine‘ Strafprozeß, wie wir ihn heute kennen, erschien gerade im Bereich der Vermögensdelikte weithin unnötig; das poenale Interesse und der Entschädigungsanspruch konnten in einem Verfahren zusammenfallen, das den Schuldigen am Ende zu einem mehrfachen Wertersatz verpflichtete. Ausweislich der ägyptischen Papyri legten die Rechtsuchenden ihre Klagen meist von vornherein schon so an. Für solche Fälle konnte der Statthalter die Rechtsprechung delegieren, beispielsweise an provinziale Honorationen, seinen Legaten (in prokonsularen Provinzen) oder andere Amtsträger. Wenn es um höhere Vermögensstrafen ging, erklärten sich nicht zuletzt – und nicht unbedingt rechtmäßig über den Kopf des Statthalters hinweg – Vertreter des kaiserlichen Fiskus zum Herrn des Verfahrens.

Alltags- und Kleinkriminalität, also die Mehrzahl der Delikte, ließ sich auch ohne Gerichtsverfahren durch zuständige Lokalbeamte wie etwa Marktaufseher (*aediles*, *agoranomoi*) ahnden. Ihre Besserungsmaßnahmen umfaßten Geldbußen und Prügelstrafen. Freilich blieb dem Betroffenen eine richterliche Überprüfung, beispielsweise die Appellation an den Gemeinderat, nicht versagt. Der Statthalter konnte als Revisionsinstanz gegen alle Urteile nachgeordneter Gerichte angerufen werden. Schließlich war das Rechtsgesuch an den Kaiser möglich – der sich der Sache mitunter auch dann annahm, wenn der Vorgang am Statthalter vorbeigelaufen war, der Princeps mußte sich an keinen Instanzenweg halten.

Als Repräsentant der römischen Oberhoheit steht der Statthalter im Mittelpunkt aller Überlieferung zur Strafrechtspflege in den Provinzen. In ihrem nicht delegierbaren Kern beschränkte sie sich aber auf Verfahren, in denen dem Beschuldigten eine Minderung seines Persönlichkeitsrechts (*capitis minutio*), etwa der Verlust des Ratssitzes oder die Verbannung drohte – für Taten, die eine wesentliche Herausforderung des Rechts- und Herrschaftsverbandes darstellten und sich dementsprechend auf den Status darin auswirken sollten.

Strafanzeigen, in die die papyrologischen Quellen vielfältige Einblicke gewähren, beweisen immer wieder genaue verfahrensrechtliche Kenntnisse der Rechtsuchenden. Die gegebene Strafrechtsordnung erscheint insoweit durchaus sozial-

¹²³ Vgl. allg. Alfred Heuß, Zum Problem einer geschichtlichen Anthropologie, in: Kulturanthropologie (Neue Anthropologie 4, Stuttgart 1973) bes. 170 ff.

¹²⁴ S.o. bei Anm. 47, 98 u. 106.

adäquat, ‚bürgernah‘. Freilich handelt es sich um Spuren von Zeitgenossen, die sich eben zu Wort zu bringen wußten. Wieviele – intellektuell, emotional oder auch nur finanziell wehrlos – strafbares Unrecht über sich ergehen ließen, bleibt eine Dunkelziffer.